



# HESSISCHER LANDTAG

## Änderungsantrag

11.01.2023  
HHA

### Fraktion der Freien Demokraten

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses

Drucksache 20/9640 zu Drucksache 20/9251

Inhalt des Antrags: **Ausgegliedertes Studienzentrum der Justiz**

Einzelplan **05** **Hessisches Ministerium der Justiz**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 07 (neu) Bezeichnung Studienzentrum der Justiz (neu)

Produktnummer 001 Bezeichnung Ausbildung des gehobenen und mittleren Dienstes der Justizverwaltung

Veränderungen in Euro		2023		
		von	um	auf
Produkterfolgsplan				
Nr.	Bezeichnung			
7	Summe Erträge	0	7.730.700	7.730.700
14	Summe Aufwendungen	0	3.748.000	3.748.000
13a	Aufwendungen aus Verrechnungen	0	1.200.000	1.200.000

Liquidität				
<b>Einnahmen</b>		0	7.730.700	7.730.700
<b>Ausgaben</b>		0	5.532.800	5.532.800

Veränderungen in Euro		2024		
		von	um	auf
<b>Produktenerfolgsplan</b>				
<b>Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>			
7	Summe Erträge	0	7.715.500	7.715.500
14	Summe Aufwendungen	0	3.748.000	3.748.000
13a	Aufwendungen aus Verrechnungen	0	1.200.000	1.200.000
<b>Liquidität</b>				
<b>Einnahmen</b>		0	7.715.500	7.715.500
<b>Ausgaben</b>		0	2.547.900	2.547.900

#### Weitere Änderungsbedarfe (Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen etc.)

Erfolgsplan, Verpflichtungsermächtigungen, Stellen, Kennzahlen, etc. sind entsprechend aus den Produkten 003 des Kapitels 0607 zu übernehmen und in ein eigenständiges Produkt zu überführen. Das Produkt 003 des Kapitels 0607 ist im gleichen Zuge aufzulösen. Darüber hinaus wird eine Anschubfinanzierung in Höhe von 3.000.000 Euro für den Umzug und diverse Neuanschaffungen benötigt. Die gemeinsame Verwaltung soll in Rotenburg a. d. Fulda verbleiben und mittels einer Verrechnung an das entsprechende Produkt durch das neue Produkt abgebildet werden.

#### Inhaltliche Erläuterung/Begründung des Änderungsantrags

Der Personalbedarf im Bereich der hessischen Justiz ist unbestritten und wird sich in den kommenden Jahren noch weiter erhöhen. Die Ausbildung von Nachwuchskräften findet derzeit u.a. im gemeinsamen "Studienzentrum der Finanzverwaltung und Justiz Rotenburg a. d. Fulda" statt, wo aus allen Fachbereichen zusammen aktuell rund 1.600 Anwärterinnen und Anwärter ihr Studium absolvieren. Auch aufgrund der inzwischen angespannten Wohnsituation am Studienort Rotenburg und beschränkter Kapazitäten am Studienzentrum, wird eine Ausweitung der Studienplätze, die dem erhöhten Nachwuchsbedarf Rechnung trägt, am bisherigen Standort nicht realisierbar sein. Eine Ausgliederung des Bereiches Justiz aus dem Studienzentrum wird somit nicht nur zu einer besseren Identifikation mit diesem Berufsbild beitragen, sondern auch zu einer Entspannung bei der Auslastung des Studienzentrums im Bereich der Finanzverwaltung führen.

Wiesbaden, 11.01.2023

Für die Fraktion  
der Freien Demokraten  
Der Fraktionsvorsitzende:

**René Rock**